

An     Vizekanzler  
        Werner Kogler  
        Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport  
        Radetzkystrasse 2  
        1030 Wien

Einschreiben mit Rückschein!

Betrifft: Offener Brief iS Amtshaftung – Covid-19 Hot-Spot Tirol im Feb./März 2020  
        Anregung eines „Runden Tisches“ zur Suche nach Generalvergleich

Sehr geehrter Herr Vizekanzler Kogler!

Der Verbraucherschutzverein (VSV) ist eine – von Staat und Wirtschaft unabhängige – Verbraucherorganisation, die weltweit Verbraucherrechte wahrnimmt und sich um die Interessen von Verbrauchern, aber auch EPU und KMU kümmert. Wir vertreten die Interessen der Verbraucher unabhängig von deren Nationalität.

Zwischen Jänner und März 2020 ist es in Tirol zu Ausbrüchen von Infektionen mit dem Covid-19 Virus gekommen. Durch verzögertes Verhalten der lokalen Behörden kam es zu folgenschweren Verspätungen mit Warnungen, Betriebsschließungen und der Schließung des Paznaunales sowie von St. Anton. Hätte man die Ski-Gebiete nur eine Woche früher geschlossen, hätte man die Infektion von tausenden Touristen aus dem In- und Ausland sowie von Saisonarbeitskräften hintanhalten können. Doch man hat die Ökonomie über die Gesundheit von Menschen gestellt.

An der chaotischen Abreise der Touristen am 13.3.2020 hatten, der ehemalige Bundeskanzler Kurz sowie Ihr Minister Nehammer und der ehemalige Minister Anschöber ebenfalls Anteil.

Die betreffenden Verordnungen der Bezirkshauptmannschaft Landeck sind erst am nächsten Tag Kraft getreten. Die Polizei musste vor Ort ab 14.00 – da Herr Kurz die Quarantäne in einer Pressekonferenz in Wien bereits verkündet hatte – ohne gesetzliche Grundlage sich auf Verkehrskontrollen beschränken. Eine Abwicklung, wie in den Verordnungen geplant, fand erst gegen Abend – nachdem die meisten Touristen bereits abgereist waren, statt.

Sie selbst haben in einem Interview mit der deutschen Tageszeitung „Die Zeit“ am 1.4.2020 erklärt: *„Bei der Tiroler Anordnung der Quarantäne ist es aber jedenfalls zu einem Versäumnis gekommen. Da wurden alle Nicht-Tiroler dazu aufgefordert, das Land zu verlassen. Doch es wurde nicht mitverordnet, dass diese sich in Heimquarantäne begeben müssen. Tirol hat nur verlautbart: Alle raus. Das führte dann natürlich zu Ansteckungen an den Zielorten. So kam es, dass ausgerechnet in den großen Wiener Krankenhäusern die Infektion durch Personal verbreitet wurde, das in Tirol auf Urlaub war. Das hätte man verhindern können.“*

Durch schwerwiegende Fehler im Pandemie-Management ist es zu einer Infektion von tausenden Menschen in 45 Staaten der Welt und insbesondere zu massiven Clustern in Deutschland und in nordischen Staaten gekommen. Mit teils schwerwiegenden Folgen: Es sind uns bislang 32 Tote infolge der Infektion bekanntgeworden und tausende hatten – zum Teil – schwere Symptome und Todesangst. Für Unternehmer hat es auch teils hohe Umsatzschäden gegeben.

Der VSV hat über 6000 Beschwerden von betroffenen Touristen aus der ganzen Welt gesammelt und ausgewertet. Die Opfer wünschen sich zu allererst, dass Fehler einbekannt werden, dass man sich entschuldigt und natürlich auch, dass ihnen Schadenersatz angeboten wird.

Der VSV hat sich der Sache angenommen, vertritt inzwischen die Interessen von weit über 1000 Geschädigten und hat seit September 2020 erste rund 20 Musterprozesse gegen die Republik Österreich beim Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien (Amtshaftungsklagen) eingebracht.

In den ersten fünf Verfahren fanden unlängst erste mündliche Verhandlungen statt. Die Richterinnen haben diese Verfahren auf den Grund des Anspruches eingeschränkt und ohne Beweisverfahren geschlossen; wir erwarten in nächster Zeit Urteile. Doch bis der Grund des Anspruches rechtskräftig durch alle Instanzen geklärt ist, werden Jahre vergehen.

Gerichtliche Klärungen für tausende Opfer werden die Gerichte sehr belasten und die Verfahren werden jahrelang dauern. In dieser Zeit werden immer wieder Verhandlungen stattfinden, in denen die Ereignisse immer wieder im Mittelpunkt des Interesses stehen werden.

Der VSV geht davon aus: Wer schnell hilft, hilft doppelt! Wir ersuchen Sie als Bundeskanzler zusammen mit Vizekanzler Kogler, Ihren zuständigen Ministern, Vertretern der Tiroler Landesregierung und der Gemeinden einen „Runden Tisch“ einzuberufen, bei dem eine außergerichtliche Lösung für beide Seiten verhandelt werden kann.

Der VSV erinnert daran, dass sich das Unglück mit der Gletscherbahn in Kaprun mit 155 im Tunnel an Rauchgasen ersticken Touristen 2020 zum zwanzigsten Mal geährt hat. Damals konnten die Hinterbliebenen letztlich durch Lösungsvorschläge an einem „Runden Tisch“ abgefunden und befriedet werden.

Wir ersuchen Sie daher, diese Sache in die Hand zu nehmen und sagen Ihnen unsere Unterstützung zu! Es wäre für den Ruf von Österreich als Tourismusland in der Welt und für Tirol ebenso hilfreich, wie für die vielen Geschädigten, die auf Einbekenntnis der Fehler, eine Entschuldigung und Schadenersatz warten.

An möglichen Gesprächen würden von Seiten des VSV teilnehmen:

- Dr. Peter Kolba, Obmann des VSV
- Dr. Alexander Klauser, Rechtsanwalt
- Dr. Sebastian Reinfeldt, Blogger und Rechercheur des VSV
- Mag. Lydia Ninz, Pressesprecherin des VSV

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Peter Kolba  
Obmann des VSV

Kopie ergeht an Bundeskanzler Schallenberg